

# Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingaa.

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint  
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.  
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus  
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle  
abgeholt vierteljährlich 3 M - &.



Anzeigenpreis.  
Der 6-spaltigen Zeile oder deren Raum für Geisenheim 15 &;  
auswärtiger Preis 20 &. Reklamzeile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.  
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.  
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 18.

Für die Schriftleitung verantwortlich:  
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Donnerstag, den 12. Februar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander  
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

## Die Wiedergutmachung.

Was Deutschland bisher leistet hat.

Immer wieder lehnt in der Entente-Prese die Behauptung wieder, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle, daß es bis jetzt so gut wie gar nichts geleistet habe, und daß es, wo es sich um eine unangenehme Leistung handele, den Vertrag nicht anerkennen wolle. Gegen diese Behauptungen hat sich der Reichsminister des Auswärtigen Müller in einer von Berliner Vertreter der „Chicago Tribune“ gewählten Unterredung ganz entschieden verwahrt. Der Minister bezeichnete diese Behauptungen als grotesk unrichtig und versicherte, daß man sich weder in Deutschland noch sonst in der Welt genügend klar darüber sei, welche ungeheuren Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und Friedensverträge Deutschland bereits erfüllt hat.

Nach Schätzungen, die von den zuständigen deutschen Zentralstellen aufgestellt worden sind, und die denen, so gut dies möglich war, der Wert im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung auf Goldmark geschätzt worden ist, sind bisher folgende Leistungen bemerkt worden:

1. Zaargruben	1 000 Mill. Goldmark
2. Requisitionen deutscher Unternehmungen im Ausland	12 000 „
3. Reichs- und Staats-eigentum in den abgetretenen Gebieten	6 600 „
4. Handelsflotte	8 250 „
5. Naturalleistungen:	
a) Kohlen	240 „
b) Maschinen	150 „
c) Eisenbahnmateriale	750 „
d) Kabel	66 „
6. Zurückgelassenes Staats- u. Heeres-eigentum, soweit es nicht unmittelbaren Kampfscharakter trägt	7 000 „
7. Bisherige Kosten für das Besatzungsheer	666 „
Die Summe dieser Leistungen beträgt in Millionen Goldmark	36 722

Hierzu kommen die bereits begonnenen, aber noch nicht abgeschlossenen Lieferungen von Vieh im Werte von 300 Millionen Goldmark und von Farbstoffen im Werte von 200 Millionen Goldmark sowie die Forderungen gegen Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und die Türkei im Betrage von 7000 Millionen Goldmark. Ausdrücklich hervorgehoben sei, daß bei diesen Biffen die zurückgelieferten Werte, Bargeld, namentlich die belgischen Depts, Eisen usw. im Betrage von 4800 Millionen Goldmark nicht mitgerechnet worden sind.

Angesichts dieser ungeheuren Leistungen ist es schwer zu verstehen, wie die Entente immer wieder die Behauptung aufzustellen vermag, Deutschland habe durch den Krieg nicht gelitten, es habe nichts getan, um seinen Verpflichtungen nachzukommen und insbesondere systematisch den Friedensvertrag.

## Gegen die Auslieferung.

Einverständnis mit der Regierungspolitik.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Fraktionsvorsitzenden der Nationalversammlung über die Frage der Auslieferung ergaben eine völlige Einmütigkeit darüber, daß die Auslieferung eine unbillige Forderung sei. Im Anschluß an diese Besprechungen trat unter dem Vorsitz Scheidemanns der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten zusammen. Das Ergebnis der vertraulichen Besprechungen, an denen auch der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer und verschiedene Vertreter der Reichsregierung teilnahmen, wurde vom Vorsitzenden Abg. Scheidemann dahin zusammengefaßt, daß der Ausschuss sich unbeschadet mancherlei Ausstellungen in der Auslieferungsfrage einverstanden erklärt mit dem bisherigen Verhalten und den vorgesehenen Schritten der Regierung. Der Ausschuss erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig einberufen wird, daß er Stellung dazu nehmen kann.

Auch Unabhängige und Kommunisten gegen die Auslieferung.

Während die Entente-Prese ständig bemüht ist, die Behauptungen der unabhängigen und kommunistischen Blätter gegen die deutsche Regierung auszuschlachten, dürfte sie diesmal zu ihrem Erstaunen sehen, wie ernstlich man auch in diesen Kreisen darüber ist, daß durch das Auslieferungsbegehren fundamentale Rechtsbegriffe verwirrt und die Auslieferung selber durch die Unmöglichkeit ihrer Durchführung illusorisch gemacht wird. Das maßgebende Organ der U. S. P., die Berliner „Freiheit“, deren Wiedererscheinung seit einigen Tagen gestattet ist, wendet sich mit scharfen Worten gegen das Verlangen der Entente die Auszuliefernden vor ihren Gerichten abzuurteilen.

## Ueberreichung der Note.

Keine Abänderung der Begleitnote.

Am Sonnabend in später Abendstunde überreichte der französische Geschäftsträger dem Reichsminister die angekündigte Schriftstücke: Die in telegraphischem Ausdruck bereits mitgeteilte Auslieferungsliste mit dem unveränderten Begleitbrief, der ursprünglich an Herrn v. Berner gesandt, von diesem aber wieder zurückgewiesen worden war und endlich ein Schreiben des Präsidenten der Vorkonferenz Millerand an den deutschen Reichsminister, der auf den Zwischenfall Berner Bezug nimmt und in höflichem, aber bestimmtem Tone die deutsche Regierung an die Innehaltung der eingegangenen Verpflichtungen erinnert.

Nach der großen Aufregung, die die erste Veröffentlichung der Auslieferungsliste in ganz Deutschland hervorgerufen hat, kann der Inhalt der neuen Schriftstücke die Leidenschaften kaum noch heizen. Von wesentlichem Interesse ist nur der Hinweis darauf, daß in der Aufstellung dieser Listen nicht alle die mit einbegriffen seien, welche sich der im Laufe des Krieges von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben und daß die Entente sich weitere Maßnahmen gegen alle sonstigen, zurzeit noch unbekannt und ungenannt deutschen „Kriegsverbrecher“ vorbehalte. Jeder Deutsche, der sich auf feindseligem Boden jemals mißlieblich bemerkbar gemacht hat, läuft also Gefahr, eines schönen Tages durch irgend einen rachsüchtigen Denunzianten eines gemeinen Verbrechens bezichtigt und von der Entente zur Aburteilung angefordert zu werden.

Der Minister stellt in der Begleitnote eine weitere Mitteilung über die Umstände in Aussicht, unter denen die Alliierten die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Auslieferungsfrage ausführen zu sehen wünschen. Auf deren Inhalt wird alles ankommen. Die deutsche Regierung hat in ihrer Note vom 25. Januar deutlich dargelegt, wie weit sie der Entente entgegenkommen kann. Zweifellos hat die Regierung mit ihren Ausführungen über die Unmöglichkeit der Auslieferung bei einzelnen Alliierten Verständnis gefunden. Auch mag die entschlossene Haltung der Regierung und des ganzen Volkes nicht ganz ohne jeden Eindruck auf unsere ehemaligen Feinde gewesen sein. Verschiedene gegnerische Pressestimmen, darunter auch die amtliche Reuters- und Havasagentur, sprechen bereits von einer Sinnesänderung Lloyd Georges zu unseren Gunsten. Doch wäre es übereilt, aus den offenbar bestehenden ersten Meinungsverschiedenheiten allzu optimistische Schlüsse zu ziehen. Wenn einmal die Ansichten in irgend einer Frage nicht übereinstimmen, so herrscht bei den Alliierten doch stets das Bestreben, die Einheitlichkeit gegen Deutschland aufrechtzuerhalten. Auch in der Auslieferungsfrage wird man einen Ausgleich herbeizuführen suchen. Wahrscheinlich dürfte die Entscheidung bei einer Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten und Minister für auswärtige Angelegenheiten in London fallen.

Ein Abänderung der Liste, die in der Streichung dieses oder jenes Namens bestehen würde, vermöchte natürlich an der Haltung der deutschen Regierung nicht das geringste zu ändern. Eine Auslieferung — auch nur eines einzigen Deutschen — zur Aburteilung durch ein fremdes Militärgericht ist eine Unmöglichkeit.

Es würde nur einer deutschen Regierung gelingen, die äußeren Widerstände zu überwinden. Die Regierung könnte zwar, so bemerkt der Berliner „Vorwärts“, den Versuch, die Auslieferung durchzusetzen, Nord und Ostschlag und Bürgerkrieg in größtem Umfang inszenieren, sie könnte aber, auch wenn sie noch so unbedenklich über Leichen hinwegschritte, nicht einen einzigen von denen, deren Auslieferung verlangt wird wirklich über die deutsche Grenze bringen.

Abwartende Haltung der Reichsregierung.

Die beiden Noten der Entente zur Auslieferungsfrage wurden am Sonnabend dem Reichsminister des Auswärtigen vom französischen Geschäftsträger mitgeteilt, nachdem die Konferenz des Kabinetts mit den Parteiführern bereits auseinandergegangen war. Die Entente ist bereits eine Empfangsbekätigung zugegangen. Weitere Schritte dürften von der Reichsregierung der Entente gegenüber zunächst nicht unternommen werden, da man erst die Antwortnote der Entente auf die deutschen Vorschläge vom 25. Januar abwarten will. Infolgedessen läßt sich auch noch nicht sagen, wann die Nationalversammlung einberufen werden wird, um zu der ganzen Frage Stellung zu nehmen. Der deutsche Geschäftsträger Dr. Mayer wird an den Beratungen des parlamentarischen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten teilnehmen und sich dann am Dienstag nach Paris zurückbegeben.

Argendwelche Schritte des Ministers des Auswärtigen Müller bei der französischen Regierung sind nicht erfolgt. Er hat lediglich den französischen und den

englischen Geschäftsträger zu sich begeben, um ihnen zu eröffnen, daß die Beigerung des Herrn v. Berner die Auslieferungsliste entgegenzunehmen, lediglich eine persönliche Kundgebung sei, für die die deutsche Regierung keine Verantwortung trage. Die Vorkonferenz hat sich, wie aus dem an den Reichsminister gerichteten Brief hervorgeht, dieser Ansicht angeschlossen mit der Begründung, daß sie in der Tat nicht annehmen könne, daß die deutsche Regierung sich der Verpflichtung zu entziehen beabsichtige, die sie durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles eingegangen sei, und daß sie, nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Vertrages, sich vorsätzlich weigerte, eine wesentliche Bestimmung des Vertrages zu erfüllen. Der Tatsache, daß es sich um keine vorsätzliche Weigerung der deutschen Regierung handelt, sondern um eine tatsächliche Unmöglichkeit, wird sich die Entente jedoch auf die Dauer nicht verschließen können.

## Die Auslieferungsliste.

Die Anklagen gegen deutsche Heerführer.

Das Original der Auslieferungsliste enthält keine weiteren Namen als die telegraphisch angegebenen. Die Personen der Auszuliefernden werden in ihr genauer bezeichnet und bei jedem werden die Gründe, aus denen die Auslieferung verlangt wird, mehr oder weniger ausführlich wiedergegeben. Dabei ist im allgemeinen festzustellen, daß die Begründung der Engländer meist außerordentlich knapp ist, sich fast ausschließlich auf U-Boot-Verbrechen bezieht, die der Franzosen dafür desto ausführlicher.

Die Liste umfaßt 194 Seiten und zerfällt in sieben Listen. Die 1. Liste umfaßt die von England geforderten Personen mit der Zahl von 100, die zweite Liste die von Frankreich geforderten mit 334 Namen, die dritte Liste die von Italien geforderten mit 29 Namen, die vierte Liste die von Belgien geforderten mit 334 Namen, die fünfte Liste die von Polen geforderten mit 53 Namen, die sechste Liste die von Rumänien geforderten mit 41 Namen und die siebente Liste die von Südslawien geforderten mit 4 Namen.

Hindenburg und Ludendorff werden für die Verwüftung des Sommegebietes bei dem vorbereiteten Rückzug verantwortlich gemacht. Die Auslieferung von Tirpitz wird wegen des unbeschränkten Tauchbootkrieges gefordert. Sehr umfangreich gestaltet sich das Material gegen den ehemaligen deutschen und bayerischen Kronprinzen. Gegen den ersten werden Befehle hervorgehoben, die sich auf die Zerstörung von Dörfern beziehen, ferner werden ihm kriegsgerichtliche Urteile und die Plünderung von Mezières zur Last gelegt. Gegen den Kronprinzen Rupprecht von Bayern richtet sich die Anklage wegen seines Tagesbefehls, in dem er die Truppen aufforderte, keine englischen Gefangenen mehr zu machen. Auch für die Zerstörung von Cambrai wird er verantwortlich gemacht.

Der Großherzog von Hessen wird wegen der Plünderung des Schlosses Hohencourt angeklagt. General Jäger wird beschuldigt, Urheber der Deportationen aus Lille zu sein. Generalfeldmarschall v. Kluck wird für zahlreiche Hinrichtungen von Bürgern aus Senlis verantwortlich gemacht. Es ist hervorzuheben, daß mit dem Namen Luer, der in der Liste enthalten ist, nicht der sozialdemokratische bayerische Minister, sondern ein Major gleichen Namens gemeint ist, und daß der Name Häsel er sich nicht auf den toten Generalfeldmarschall, sondern auf einen Mannesoffizier bezieht.

Der auf der Liste stehende von Trotha ist nicht der Vizeadmiral und Chef der Admiralität, sondern ein anderer Träger dieses Namens, dessen Personalien zur Zeit noch nicht festgestellt sind. Der gleichfalls genannte Herr von Haniel ist weder der Unterstaatssekretär noch der frühere Verwaltungschef in Namur, sondern ein Oberleutnant dieses Namens.

Neue Namen.

Die Liste der „Kriegsschuldigen“ soll noch durch folgende Namen ergänzt werden: Oberst Schleswig wegen barbarischen Vorgehens im Dorfe Audin le Roman; General Bringer, weil er den Rabbiner von Amneville und dessen Tochter in der Synagoge lebendig verbrennen ließ; der unbekannt Beschlusshaber des 16. Bayerischen Infanterie-Regiments in Badenweiler wegen Hinrichtung von Zivilpersonen, Verwundung eines Vagabunden und Verschleppung von weiblichen Personen über 13 Jahren mit freiwildigen Absichten. Die Auslieferung des Generals Krusta wird verlangt, weil er absichtlich eine Typhusepidemie, als deren Opfer 2000 Kriegsgefangene geblieben sind, fortzuführen ließ mit der Behauptung: „Ich fürchte Krieg nach meiner Passion!“

Auf der französischen Liste steht auch eine Frau, Elsa Scheiner. Es handelt sich offenbar um die Tochter des Professors Scheiner in Potsdam, die im Arles in Nordfrankreich tätig war als Aufsichterin des Gefängnisses für weibliche Evdne.

Wie halbamtlich gemeldet wird, soll die Veröffentlichung der Schuldliste in den nächsten Tagen bruchstückweise erfolgen, je nachdem die Ueberlieferung erfolgt sein wird.

### Erzberger zur Auslieferungsforderung.

In einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Mail“ zur Auslieferungsforderung erklärte Reichsfinanzminister Erzberger, die Alliierten spielen in frevelhafter Weise mit dem Feuer. Der Körper der Nation würde in einer Weise erschüttert werden, daß kein Mensch sagen könnte, was aus Europa würde. Ich habe meinen Worten nichts hinzuzufügen. „Eine Auslieferung ist unmöglich.“ Keine Regierung in Deutschland, welche Konstellation sie auch haben mag, wird anders handeln können wie die jetzige Regierung, keine würde praktisch in der Lage sein, auch nur einen Deutschen der Entente auszuliefern. Das deutsche Volk bildet in dieser Frage in allen seinen Parteien eine Einheitsfront, die nicht zu erschüttern ist.

### Kundgebung in München.

In München fand am Sonntag eine große Kundgebung gegen die Auslieferungsforderung der Entente statt. Am Lenbachplatz wurden Ansprachen an die Menge gehalten mit dem Ergebnis, nicht einen einzigen Deutschen auszuliefern. Ein etwa 7000 Personen zählender Zug bewegte sich dann durch die Stadt zur Feldherrnhalle. Dort sprachen wiederum mehrere Redner. An der geschlossenen Einigkeit des deutschen Volkes muß die Forderung der Entente scheitern. Die Kundgebung schloß mit der Absingung der Lieder „Deutschland, Deutschland über alles“ und „Die Wacht am Rhein“.

### Eine Gegenliste der deutschen Regierung.

Nach einer amtlichen Meldung beabsichtigt die deutsche Regierung mit einer ausführlichen Gegenliste von Verbrechen, die während des Krieges von feindlicher Seite gegen Deutsche begangen wurden, hervorzutreten. Diese Liste soll als Anhang der deutschen Antwort auf die Auslieferungsforderung der Alliierten in den nächsten Tagen überreicht werden. Deutschland wird keine Auslieferung fordern, will aber der Welt beweisen, daß sich keine Feinde derselben Verbrechen schuldig gemacht haben, deren sie Deutschland anklagen und auf Grund deren die Entente die Auslieferung der auf der Liste stehenden Personen zur Aburteilung vor Ententegerichten fordert. In der deutschen Liste sollen keine hohen Staatsmänner oder Armeeführer der Alliierten verzeichnet sein, sie beschränkt sich vielmehr nur auf solche Personen, die wirkliche Verbrechen begangen haben sollen.

### Neue Einzelheiten aus der Auslieferungsforderung.

In den bisherigen Mitteilungen über die Zahl der Auszuliefernden wurde von etwa 900 Personen gesprochen. Eine genaue Prüfung der amtlichen Liste ergibt jedoch, daß die Zahl der Auszuliefernden weit größer ist. Neben dem Verzeichnis der namentlich oder sonstwie gekennzeichneten Angeklagten werden in der amtlichen Liste noch eine ganze Reihe von Auslieferungsbegleitern aufgestellt, die eine ganze Anzahl von Personen umfassen. Auch begnügt man sich nicht damit, die Auslieferung der Hauptverantwortlichen, also die Heerführer und maßgebenden politischen Persönlichkeiten, zu fordern, die beschuldigt werden, rechtswidrige Befehle gegeben zu haben, sondern auch diejenigen, welche diese Befehle ausgeführt haben. So werden beispielsweise auf Grund der Beschuldigung „verantwortlich zu sein für den Befehl zum unbeschränkten U-Bootkrieg“ angeklagt die Admirale Tirpitz, Capelle, Bachmann, Behmke, Scheer, Hipper und Müller und dann eine große Anzahl von U-Boot-Kommandanten, denen vorgeworfen wird, „ohne Benachrichtigung Schiffe mit außerordentlicher Brutalität und Inhumanität angegriffen zu haben“.

### Die Gefahr im Osten.

#### General Ludendorff über den Bolschewismus.

In mehr als hundert amerikanischen Zeitungen bringt Karl von Blegand, der bekannte Berliner Vertreter der Hearst-Presse, ein langes Interview mit General Ludendorff, in dem sich dieser zum erstenmal ausführlich über die Weltgefahr des Bolschewismus äußerte.

Ludendorff ist der Ansicht, daß sich die militärische Offensive Sowjet-Rußlands im kommenden Frühjahr sich gleichmäßig gegen alle Fronten richte. Stark bedroht seien die östlichen Fronten Polens, an denen der Bolschewismus im April dieses Jahres etwa gegen 600 000 Mann konzentrieren könne. Die Sowjet-Truppen seien diszipliniert und würden gut ausgerüstet sein. Die von den Sowjet-Truppen während des vergangenen Jahres gemachte Beute sei beträchtlich, außerdem kaufen die Russen überall Kriegsmaterial. Kurz, die bolschewistische Armee sei eine wirkliche Bedrohung, eine stets vorhandene Gefahr, um so bedrohlicher, als sie kommunistische Miliz in jedem Lande finde in das sie einfällt. Der Bolschewismus sei als eine Elementarmacht einzuschätzen, welche, ähnlich den Mongolen aus Zentralasien einst, Europa zu übermächtiger drohe. Deutschland sei in der Gefahr, wiederholt der Dama gewesen, an dem die Blut vom Liden im gedrogen habe. ... nicht fähig sein, sie auch dieses Mal abzuhalten, so würden die Konsequenzen vernichtend sein.

### Die Grundschule.

#### Sämtliche Vorschulen werden aufgehoben.

Der Entwurf des Gesetzes über die Grundschule ist dem Reichsrat zur Beratung zugegangen. Damit ist der Entwurf für das erste Reichsschulgesetz aufgestellt, das die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Schulwesens, die durch die neue Verfassung dem Reiche übertragen ist, einleitet.

Im allgemeinen besteht, wie bekannt, die Absicht, die einzelnen Fragen der Schulgesetzgebung von der Reichsschulkonferenz, die Ostern in Berlin zusammentritt, beizugehen zu lassen. In vorliegenden Falle mußte hieron abgesehen werden, weil Länder wie Gemeinden auf eine sofortige Regelung der Grundschulfrage drängten. Da in Artikel 146 der Verfassung

festgesetzt ist, daß sich das mittlere und höhere Schulwesen auf einer gemeinsamen Grundschule aufzubauen habe, war der einheitliche Inhalt des Gesetzes von vornherein gegeben.

Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Grundschule vier Unterrichtsjahre umfassen soll. Wie öffentlichen und privaten Vorschulen werden aufgegeben. Es wird indessen den Vorschulen eine gewisse Abwicklungszeit zugestanden, doch soll er erste Jahrgang schon im kommenden Jahre nicht mehr mit Schülern besetzt werden. Die Tätigkeit der öffentlichen Vorschulen hat nach dem Entwurf mit Beginn des Schuljahres 1924/25, die der Privatschulen mit Beginn des Schuljahres 1929/30 beendet zu sein. Der Gesetzentwurf bestimmt weiter, daß die durch Aufhebung der Vorschulklassen frei werdenden Lehrkräfte an andere öffentliche Schulen bei gleichbleibender Besoldung weiter zu beschäftigen sind. Privatunterweisung einzelner Kinder oder geschlossener Gruppen soll nur ausnahmsweise zugelassen, im allgemeinen verboten sein. Es besteht die Absicht, das Gesetz, falls die Verabschiedung im Reichsrat und in der Nationalversammlung rechtzeitig erfolgt, noch vor Beginn des neuen Schuljahres am 1. April in Kraft zu setzen.

### Politische Rundschau.

— Berlin, den 10. Februar 1920.

— Am 1. März d. J. wird gleichzeitig mit der Erhöhung des Gütertarifs auch eine abermalige Erhöhung der Fahrkartenpreise für das ganze Reichsgebiet stattfinden.

— Reichspostminister Sieberts hat sich nach Stuttgart und München begeben, um mit den beiden süddeutschen Postverwaltungen wegen ihrer Ueberführung auf das Reich an Ort und Stelle zu verhandeln.

— In Danzig ist das Gros des englischen Besatzungsbataillons eingetroffen. Am 12. d. M. wird ein französisches Bataillon erwartet, das in Reusawasser stationiert werden soll.

— Sämtliche in Neustadt (Bialy) erscheinenden Tageszeitungen sind von dem französischen Kontrollposten auf drei Tage verboten worden, weil sie ein Inserat über die Grenzspende für die Abstammungsgebiete brachten.

— Die Wirtschaftliche Vereinigung Kiegobeschädigter und Hinterliebender Deutschlands, Sitz Berlin, fordert von der Reichsregierung in Anbetracht der fortschreitenden Teuerung eine einmalige Beihilfe von 1000 Mark und eine Verdoppelung des laufenden Zuschusses.

— **Ehrentafel des Generalstabes.** Eine bemerkenswerte Ehrentafel, die die überaus großen Verluste des Deutschen Generalstabes feststellt, der im Verlaufe des Weltkrieges 65 Offiziere verlor, die auf dem Felde der Ehre fielen oder an den Folgen von Verwundungen oder Krankheiten, die sie sich im Felde zugezogen, starben, wurde dieser Tage von dem letzten Chef des Deutschen Generalstabes, Generalfeldmarschall von Hindenburg, veröffentlicht. Die Ehrentafel, die in langer Reihe Namen und Rang der gefallenen Generalstabsoffiziere enthält, schließt mit dem Nachruf: „Mit Stolz und Dankbarkeit trauern wir um die treuen, tapferen Kameraden, die im Kampf um Deutschlands Größe, für König und Vaterland, für Kaiser und Reich ihr Leben ließen. Ihr Opfer wird nicht vergeblich gewesen sein. Unterzeichnet ist die Ehrentafel von Generalfeldmarschall von Hindenburg, als letzter Chef des Deutschen Generalstabes.“

— **Zus Finanzabkommen mit Belgien hinfällig erklärt.** Der Reichsminister des Auswärtigen Müller hat die belgische Regierung verständigt, daß wegen der Beteiligung Belgiens an der Auslieferungsforderung entgegen seiner formellen Zusage das Ende November vorigen Jahres abgeschlossene deutsch-belgische Finanzabkommen hinfällig sei. Die belgischen Unterhändler hatten in den Verhandlungen über dieses Abkommen gegenüber dem Reichsministerium des Auswärtigen und dem Reichsfinanzministerium formell namens der belgischen Regierung erklärt, daß diese auf die Auslieferung verzichte. Diese formelle Zusage hat die belgische Regierung ebensowenig eingehalten wie die Zusage, die deutschen Vermögen in Belgien nicht zu liquidieren. Da beide belgischen Erklärungen von Finanzverträge untrennbar sind, so ist mit dem Bruch der gegebenen Zusage auch der Finanzvertrag aufgehoben. — Nach dem Finanzabkommen sollten, wie seinerzeit berichtet, 6,1 Milliarden deutscher Mark, die sich seit der Besetzung Belgiens durch unsere Truppen dort befanden, und zum Zwangsurteil von 1,25 Franks für eine Mark zurückzuführen und nach der Räumung Belgiens aus dem Verkehr gezogen werden, nun im Zeitraum von insgesamt 40 Jahren eingelöst werden.

— **Der Reichskohlenkommissar und die Sonderabgaben.** In einer Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder in Frankfurt am Main wurde mitgeteilt, daß die Bergleute der Braunkohlegruben des Westerwaldes seit einigen Wochen Ueberschichten machen, um die Kohlennot unter der Arbeiterfamilie in Frankfurt Stadtbezirk zu mildern. Dadurch konnten schon etwa 40 000 Zentner Kohlen an Arbeiterfamilien verteilt werden. Die Westwälder Bergleute forderten aber, daß diese Kohlen den Verbrauchern auf die Rationierung nicht angerechnet werden. Die Reichskohlenstelle hat hierfür jedoch kein Verständnis und verlangt kategorisch auch für diese Kohlen die Ablieferung der Kohlensteine. Diese Maßnahme ruft die schärfste Kritik der Arbeiterschaft hervor, zumal die Reichskohlenstelle die Zufuhr weiterer Kohlen untersagt hat.

— **Der Abzug von Danzig und Memel.** Sonntag nachmittag verließen die letzten deutschen Truppen, der Rest des Infanterieregiments 128, Danzig. Tausende von Menschen begleiteten die Truppen nach Langfuhr zur Traintafel, wo sie übernachteten. Von dort aus reisten sie nach Pommern weiter. — Mit der Ankunft der englischen Besatzungstruppen für Memel wird für den 11. ds. Mts. gerechnet. Die Zurückziehung der deutschen Truppen begann Zug um Zug am Montag.

— **Gefangenenerückkehr aus Rußland.** Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach langer Unterbrechung kann jetzt mit dem Eintreffen eines Transportes deutscher Kriegs- und Zivilgefangener aus Rußland gerechnet werden. Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß ein Transport mit 600 deutschen Invaliden, Greisen, Frauen und Kindern am 7. Februar Moskau verlassen hat. Der Transport wird dank des Entgegenkommens der polnischen Behörden über Warschau geleitet, wo für den Empfang und die Weiterleitung alle erforderlichen Maßnahmen getroffen sind. Die Sowjet-Regierung er-

wartet als unumgängliche Voraussetzung für den weiteren Heimtransport der Deutschen aus Rußland die Verhinderung jeglicher propagandistischer Anwerbung unter den in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und Angehörigen der Vermondo-Armee zum Zwecke der Verwendung für irgendeine antibolschewistische Front.

### Rundschau im Auslande.

— Die ungarische Friedensdelegation mit dem Grafen Apponyi an der Spitze ist nach Paris abgereist, um die Gegenanschläge Ungarns zu überreichen.

— Der amerikanische Marineminister bereitet ein großes Flottenprogramm für die Vereinigten Staaten vor, das 16 große Schlachtschiffe und 10 Panzerkreuzer umfaßt.

— Die drei skandinavischen Regierungen sind entschlossen, die Einladung der Niederlande zu einer am 16. Februar in Haag abzuhaltenden Konferenz anzunehmen, die über die Schaffung eines dauernden internationalen Gerichtshofes gemäß Artikel 14 des Völkerbundesvertrages beraten soll.

— Nach einer Reutermeldung berichten die Bolschewisten drachlos die Einnahme Odessas.

— Der Leiter der russischen Friedensdelegation, Joffe, erklärte in Dorpat, daß Friedensverhandlungen zwischen Sowjetrußland und England stattfinden.

### Ungarn: Das Ma'encelad in Budapest.

— In den ungarischen Städten, besonders in der Hauptstadt Budapest, herrscht gegenwärtig eine furchtbare Not. Auf dem Lande sind noch Lebensmittel in ausreichender Menge vorhanden, aber es fehlt völlig an Transportmitteln, Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Fuhrwerken, Pferden, alles ist von den Rumänen massenhaft fortgeschleppt worden und kann wegen Mangels an Kohlen und Holzstoffen nicht neu hergestellt werden. Dasselbe gilt von landwirtschaftlichen Maschinen und Saatgut, so daß für die Ernte 1920 eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Lage zu erwarten ist. Die Preise für alle Lebens- und Bedarfsmittel haben eine märchenhafte Höhe erreicht, der Wert des Geldes sinkt fortwährend. Ein Brotchen kostet 5 Kronen, ein Ei 5-6 Kronen, Butter im Schleißhandel 160 Kronen, eine bürgerliche Mahlzeit im Restaurant etwa 60 Kronen. Ein Zamenhand wird mit 700 Kronen, ein Paar Hühner mit 300-800 Kronen, ein Zamenpelzmantel mit 4800 Kronen bewertet! In der Schweiz stand die Krone vor einiger Zeit auf 1,62 Centimes, und es ist zu erwarten, daß sie noch weiter sinkt. In Budapest halten sich zurzeit 140-160 000 Arbeitslose auf, die größtenteils der städtischen Wohlfahrtspflege zur Last fallen. Im ganzen ist etwa ein Drittel der Bevölkerung von Budapest auf Wohlfahrtspflege angewiesen. 100 000 Schulkinder haben keine Schuhe, 10 000 Säuglinge haben keine Wäcker. Nur ein Teil der Bevölkerung erhält Brot auf seine Karte, so daß ganze Familien tagelang ohne Brot bleiben. Kartoffeln sind überhaupt nicht mehr verteilt. Jeder zweite Mensch ist hungerlos und nur jeder vierte Kranke steht in ärztlicher Behandlung. Einen Ausweg aus die- sem Elend sieht man vorläufig noch nicht; sollte der Friedensvertrag von Neuilly in Kraft treten und dadurch eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in absehbarer Zeit unmöglich werden, so wird die Krisis zweifellos noch verheerender, und ein großes Massensterben erscheint unermesslich.

### Vereinigte Staaten: Amerika ratifiziert nicht.

— Der Brief Wilsons an Senator Hitchcock kennzeichnet die letzte Phase im Kampfe um die Ratifikation des Friedensvertrages. Der Vertrag ist nun, soweit er Amerika betrifft, zur Nichtannahme verurteilt. Es handelt sich nun darum, ob er im Senat in der durch die dem Präsidenten treu gebliebenen Demokraten geschlossenen Sadgasse sterben wird, oder ob er, nachdem er mit geringer Mehrheit ratifiziert worden ist, was eine Spaltung im demokratischen Lager zur Voraussetzung hat, schließlich vom Präsidenten zurückgezogen wird, um ihn dem Bolle bei den nächsten Präsidentschaftswahlen zur Entscheidung vorzulegen. Es kann nun nach dem Briefe des Präsidenten an Hitchcock, in welchem er im verächtlich, er nehme nur rein interpretierende Vorbehalte an, mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sich eine Spaltung in der demokratischen Partei vollziehen wird. Ob dann Bryan die Führung der einen Flügeln übernimmt, kann nicht vorausgesehen werden, da er in der demokratischen Partei mehr gefürchtet als geliebt wird.

### Locales und Provinzielles.

— **Geisenheim, 22. Febr.** Nachdem das französische Parlament die Einführung der Sommerzeit beschlossen hat, ist, wie die „Koblenzer Volkszeitung“ schreibt, bestimmt zu erwarten, daß in der Nacht zum 15. Februar im besetzten Gebiet auch für den Eisenbahnverkehr die mitteleuropäische Zeit eingeführt wird.

— **KWA Geisenheim, 12. Febr.** Nach einer Verfügung der Reichsgetreidestelle Berlin ist die Tageslopfmenge an Mehl für die versorgungsberechtigte Bevölkerung vom 9. Februar 1920 ab bis auf weiteres auf 200 Gramm ermäßigt worden. Wir verweisen dieserhalb auf die in den nächsten Ausgaben der amtlichen Kreisblätter erscheinende Anordnung des Kreisaußschusses betreffend die Zusammenfassung, Gewichte und Preise der Backwaren. Nach dieser Anordnung werden aus 1390 Gramm Mehl bei 2200 Gramm Teiggewicht 1900 Gramm Brot hergestellt. Der Preis für diese Wochenration beträgt 2,40 Mk. An Reisefrotmarken sind vom 16. Februar 1920 ab für jeden Reisetag je 5 Abschnitte über zusammen 250 Gramm Gebäck auszugeben.

— **Grippe und Influenza** laufen sich zurzeit den Rang ab. Jeder, dessen Wohlbefinden zu wünschen übrig läßt, wählt leichten Herzens zwischen diesen beiden gemeingefährlichen Gesellen. „Das Kind muß einen Namen haben“, welchen, darauf kommt es meistens nicht an. Kopfschmerzen ist bei beiden da, allgemeine Mattigkeit auch. Und was sonst noch bei der Influenza dabei ist, das kann auch bei der Grippe dabei sein und umgekehrt. Wenigstens für den Begriff des Laien. Schließlich ist's ja auch einerlei, was einen quält. Hauptsache ist nur das schnelle Wiederloswerden, und dabei hilft bei beiden dasselbe Mittel: tüchtig schwitzen. Vorbeugend hilft bei beiden allerdings augenblicklich nichts. Das Wetter ist so heimtückisch, daß man sich überhaupt nicht in Acht nehmen kann. Frühlingswetter und Winterfeste, Schnee und Regen mit eisigem, das Schmelzwasser durchschlagendem Matsch, wechseln in Hitzeschwindigkeit mit einander ab, so daß man ohne Schirm auch bei hohem Barometerstand nicht aus dem Hause gehen darf. — Das ist nun leider schon seit einigen Jahren so, der Krieg hat alles umgestürzt, auch das Wetter, und man tut gut, nicht so bald auf Besserung zu hoffen. Mehr als eine Woche lang dasselbe Wetter, das gibt's ja längst nicht mehr. Ganz, wie in der Politik, wie es im wirtschaftlichen Leben ist, ungewisse Veränderlichkeit die Regel, grau wie der Himmel.

**Johannisberg, 10. Febr.** Die Preise für 1919er Weine steigen weiter. Seit Herbst 1919 ist bis heute eine Steigerung von 100 v. H. u. mehr eingetreten. 1919er Weine die damals noch 13000—14000 M. das Stück kosteten, werden jetzt mit 32000—40000 M. das Stück bezahlt. Der Handel ist bei solchen Preisen zurückhaltend. Kleinere Verkäufe fanden in Johannisberg zu 32000—33000 M., in Lorch zu 28000 M. und in Geisenheim bis zu 38000 M. und mehr für das Stück statt.

**Rüdesheim, 10. Febr.** Das Verbot bezüglich der Abhaltung von Tanzbelustigungen ist wieder aufgehoben worden; Masken- und Kostümbälle, sowie karnevalistische Sitzungen bleiben untersagt.

**Bezirksparteitag der Deutschen Demokratischen Partei.** Wir machen hierdurch alle Anhänger der Deutschen Demokratischen Partei auf den am 14. und 15. ds. Mts. in Wiesbaden stattfindenden Bezirksparteitag für Nassau aufmerksam. Der Parteitag beginnt am Samstag, den 14. Februar mittags 3 Uhr im kleinen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacherstraße 8. Am gleichen Tage abends 8 Uhr wird das Mitglied der Nationalversammlung Herr Fabrikant Dr. Kalkig aus Ludwigshafen in der Aula des Lyzeums I am Boleplatz, in öffentlicher Versammlung über das Betriebsrätegesetz sprechen. Am Sonntag, den 15. Februar, vormittags 9 Uhr werden die Verhandlungen im kleinen Saal der Turngesellschaft fortgesetzt. Besonderes Interesse dürfte die am Sonntag Vormittag 11 Uhr im großen Saale der Turngesellschaft, Schwalbacherstraße 8, stattfindende öffentliche Versammlung hervorrufen, bei welcher der Führer der Partei, Herr Senator Dr. Peterien-Hamburg, Mitglied der Nationalversammlung, über „Das neue Deutschland“, und Fräulein Lic. Carola Barth aus Frankfurt a. M. über „Kulturfragen“ sprechen werden. In dieser politisch bewegten Zeit ist der Besuch des Bezirksparteitages, im Hinblick auf die allgemein nötige Aufklärung, dringend zu empfehlen.

**Wiesbaden, 11. Febr.** Die Mietertagung am nächsten Sonntag vormittags 10 Uhr im Lyzeum am Boleplatz wird eine starke Beteiligung finden, nachdem auch die Amtsblätter auf ihre Bedeutung hingewiesen und auch dazu eingeladen haben. Es werden hochwichtige Fragen behandelt werden wie z. B. „Reparaturpflicht der Hausbesitzer“, „Welche Mietssteigerungen sind unzulässig?“ Wohnungsbeschlagnahme, Hausverkäufe an Ausländer. Wie sind sofort neue Wohnungen zu beschaffen? Die Schuld der Gemeinden und Spekulanten am Wohnungsmangel. Regierungen, Gemeindevorstellungen und Vertreter, Vaugenossenschaften und Baubeamte, Mieter und Siedler aller Gemeinden sind geladen, um in Ausschussberatungen und Vorträgen alle Fragen zu erörtern. Am wichtigsten wird die praktische Lösung der Wohnungsfrage mit Hilfe der Siedler sein nach den seit Jahren bekannten Vorschlägen des Herrn Direktor Abigt. Nachdem diesen seitens bestimmter Interessentengruppen starker Widerstand entgegengekehrt war, als die Baumöglichkeit noch vielfach leichter war als heute, wird jetzt im Heimkultur Lehmbau System Beetz usw. eine Musterfiedlung „Eden“ in Viebrich für den Spar- und Bauverein ausgeführt, dessen Genossen schon rübrig mit den Vorarbeiten beschäftigt sind. In Verbindung damit und mit weitgehender Unterstützung der Regierung richtet Herr Direktor Abigt Lehmbaufürse seitens der „Heimkultur“ ein, die der Öffentlichkeit zeigen sollen, wie sähige Vau-sachleute und Selbsthilfe der Siedler selbst in ungünstigerer Zeit einwandfreie und billige Rohbauten schnell erstellen lassen. Anmeldung zur Teilnahme an der Tagung zwecks Ausstellung der Teilnehmerteile usw., sowie Auskünfte (auch wegen der Lehmbaufürse) bei Herrn Direktor G. Abigt, Wiesbaden-Adolfsböde, Nassauerstraße 3, Fernsprecher 1996.

**Döckst, 10. Febr.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Samstagabend in der Wohnung eines Arbeiters in der Homburger Straße. Dort sah das achtjährige Töchterchen am Tische und machte seine Schularbeiten, wobei es eine kleine Metallhülse in der Hand hielt, die es als Falter für abgebrochene Griffel benutzen wollte; wie das Kind sagte, hätten zahlreiche andere Kinder ebenfalls derartige Hülse, die dem gleichen Zweck dienen sollen. Auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise explodierte plötzlich die Hülse (vermutlich eine Sprengkapsel von einer Stielhandgranate), riß der Kleinen die linke Hand glatt ab und verletzte sie außerdem noch an der rechten Hand, der Stirn und an der Brust. Die mit am Tische sitzende Mutter wurde ebenfalls an der Stirn verletzt. Beide kamen sofort ins Krankenhaus. Wo das Kind die Hülse her bekommen hat, konnte nicht festgestellt werden. Die Eltern und das Lehrpersonal werden zur Verhütung weiteren Unheils gut tun, die Kinder gründlich zu disziplinieren, um ihnen derartiges Zeug fortzunehmen.

**Vom Mittelrhein, 10. Febr.** Bei Oberwesel fand ein Zusammenstoß zweier Schleppfähne statt. Der Schraubenschleppdampfer Mannheim 5 wollte am Morgen mit seinem Anhang seine Talsahrt fortsetzen als der Schraubenschleppdampfer L. Schürmann Söhne Nr. 5 ohne Anhang zu Tal fuhr. Beim Versuche auszuweichen rannte Schürmann gegen Mannheim seitwärts festig an, wobei beide Boote starkbeschädigt wurden. Mannheim lief um den Sinken auf offenem Strom zu entgehen, in den Oberweseler Hafen ein, während Schürmann trotz seiner starken Beschädigung noch mehrstündigem Aufenthalt, und Abgabe eines Protokolls, die Fahrt fortsetzte. Von der Besatzung ist niemand zu Schaden gekommen. — Infolge des günstigen Wasserstandes ist die Schifffahrt sehr lebhaft. Durch das Binger Loch kommen öfters in ununterbrochener Reihe Schleppzüge, die größtenteils mit Kohlen, Bricketts und Koks beladen sind, zu Berg. Die Binger Reede ist mit einer Anzahl aller Art Fahrzeuge belegt. Die Schifffahrt zu Tal ist auch rege.

## Aus Stadt und Land.

**Der Bürgererrat von Groß-Berlin als Pate für Bromberg.** Der Bürgererrat von Groß-Berlin hat einstimmig beschlossen, für den Bürgererrat Bromberg, der größten deutschen Stadt im polnisch werdenden Gebiet, die Patenschaft zu übernehmen und ihm als Patenschaft den Betrag von 3000 Mark zur Pflege des Deutschtums zu überwiesen. Derartige Patenschaft-

ten für Bürgererräte in den abzutretenden Gebieten im Osten sollen allgemein von deutschen Bürgerorganisationsvereinen übernommen werden.

**Wiederansnahme des Postverkehrs nach Dänemark.** Seitens der Postverwaltung wird mitgeteilt, daß die Beförderung der Pakete nach Dänemark wieder auf der Hauptpostenbahnstrecke Schneidemühl-Dirschau-Königsberg stattfinden kann. Die Güterzüge, die den größten Teil der Pakete befördern, sind, wie aus Königsberg gemeldet wird, auf der direkten Linie dort eingetroffen. Der Fernpostverkehr nach dem Osten hat noch keine Veränderung erfahren, nur auf der Linie Berlin-Insterburg-Memel kann gearbeitet werden. Im übrigen muß der Verkehr durch Umleitungen bewirkt werden.

**Aufdeckung einer tschechoslowakischen Banknoten-druckerei.** Die Kriminalpolizei hat wieder einen großen Falschmünzer- und Schmuggelbetrieb aufgedeckt und aufgehoben. Die Banknoten der tschechoslowakischen Regierung wurden in großen Mengen von Fälschern hergestellt und in Umlauf gebracht. Die Beamten verhafteten auf der Grenzstation Biengenahls den ehemaligen Grenzposthilfen Gottwald, als er falsche Noten über die Grenze schmuggeln wollte. So kam man auch zwei Bauern aus dem Ort auf die Spur, die sich gerade in Breslau aufstellten. Die Beamten ermittelten das Brüderpaar, wie es mit einem Breslauer Buchdruckerbetrieb über den Druck neuer Banknoten verhandelte. Nach der Verhaftung macht der Buchdruckerbetrieb einen Selbstmordversuch im Untersuchungsgefängnis, so daß er nach dem Krankenhaus transportiert werden mußte. Weitere Verhaftungen von Grenzposthilfen beider Staaten, die den Schmuggelbetrieb unterstützt haben, stehen bevor.

**120 Millionen Mark Schaden im rheinischen Ueberflutungsgebiet.** Die amtliche Schätzung der Hochwasserschäden in Remscheid ergab bisher 7—8 Millionen. Der Schaden des ganzen rheinischen Ueberflutungsgebietes beläuft sich nach Schätzungen der zuständigen Stellen auf 120 Millionen Mark. Der Regierungspräsident von Koblenz überwies dem Kreise Remscheid zur Vberwindung der größten Not 60 000 M.

**Wucheranlage gegen die Leinwandversorgung.** Die Essener Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die „Reichsleinenversorgung Berlin“ wegen Preiswunders und Kettenhandels eingeleitet. Die Reichsleinenversorgung hatte große Sendungen aus Holland bezogener Seidlinge bei Essener Firmen beschlagnahmt sie zu einem geringen Preise selbst übernommen und den Essener Firmen zu ungeheuren Wucherpreisen wieder angeboten. Der frühere Vorsteher der Reichsleinenversorgung Karhan wurde verhaftet. Wucher und Bankrott haben der Reichsleinenversorgung im Betrage von 120 Millionen Mark wurden beschlagnahmt.

**Betrügerische Herkuleslieferanten.** Nachdem vor einigen Wochen infolge einer Untersuchung bei der Geschloß- und Jünderfabrik Gebrüder Heidelberger in Frankfurt am Main verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden waren, wurde die Untersuchung durch einen Frankfurter Kriminalkommissar weitergeführt. Es sollen durch Revisionen im Feuerwerkslaboratorium in Steuburg erhebliche Verfestigungen zum Nachteil des Staates festgestellt worden sein. Außer der Frankfurter Firma Gebrüder Heidelberger seien andere auswärtige Firmen belastet. Es handelt sich die Untersuchung zurückgewiesener minderwertiger Zündkerzen unter neue Beschaffungen an die Front, was dadurch möglich gewesen sei, daß die mit der Abnahme und Prüfung der Zündkerzen betrauten Personen von den Firmen bestochen wurden.

**Nie-jen-unterschlagungen auf dem Berliner Fernbahnhof.** Die Unterschlagungen auf dem Berliner Fernbahnhof, durch die seit Oktober vorigen Jahres für eine Million Güter aller Art veruntreut wurden, beschäftigen noch immer die Kriminalpolizei. Von den bisher beschlagnahmten Gütern konnte ein ganzes Reihe ihren Eigentümern wieder zugestellt werden, darunter auch ein Posten Seide im Werte von 250 000 Mark. Bei ihren weiteren Nachforschungen ist die Kriminalpolizei auf ein neues Hehlernest gestoßen. Bei einem Schandwirt fanden die Beamten einen Posten Kinderseife und Zigaretten, eine große, etwa 100 Liter fassende Benzollanne und außerdem aber eine ganze Anzahl von Kistendeckeln, deren Signierungen erkennen lassen, daß die Kisten Frachtgut enthalten haben.

**Die Streikbewegung im besetzten Gebiet.** In Solingen herrscht seit Montag Generalstreik, dem sich auch die Buchdruckergehilfen angeschlossen haben. Die Zeitungen sind nicht erschienen. Der Generalstreik ist eine Folge von wilden Streiks in gewissen Betrieben infolge deren die Arbeitgeber den beteiligten Arbeitern mit vierzehntägiger Frist gekündigt hatten. — Infolge des Streikes der Drucker in Köln erschienen die Zeitungen mit Ausnahme der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung“ nicht.

**Maßnahmen gegen die Schlafkrankheit im Saar-gebiet.** Für die in Saarbrücken auftretende Schlafkrankheit ist Anzeigepflicht und Isolierung der Erkrankten angeordnet. Da bisher die Infekten, die gewöhnlich die Schlafkrankheit übertragen, im Saar-gebiet noch nicht nachgewiesen worden sind, nimmt man an, daß für eine Übertragung der Krankheit durch den Verkehr mit den bereits infizierten möglich ist. Die Krankheit äußert sich in Erschlaffung der Gesichtsmuskeln, zunehmende Benommenheit und Teilnahmslosigkeit, Schlafsucht, die schließlich in dauernden Schlafzustand mit allmählichem Kräftechwund übergeht und mit dem Tode endet.

**Ein voller Möbelwagen ausgeraubt.** Einen vollen Möbelwagen haben Eisenbahnräuber am Anhalter Güterbahnhof in Berlin verübt. Dort war ein Möbelwagen von Dresden nach Berlin transportiert worden. In dem Wagen befand sich eine kostbare Wohnungseinrichtung einer Rentiere aus Dresden. Als man den Wagen erbrochen und seines Inhaltes beraubt. Die Beute wies einen Wert von 300 000 M. auf.

**In der Notwehr erschossen.** In einer blutigen Auseinandersetzung kam es in Brandenburg a. d. Havel in einem Cafe zwischen drei Ruchstörern und dem Besitzer. Die angetrunkenen Eindringlinge, die mit Revolvern bewaffnet waren, zerhieben mehrere Fensterscheiben des Lokals und bedrohten mit ihren Schusswaffen die Gäste, so daß sie auf den Hof flüchten mußten. Einer der Ruchstörer, der 29-jährige Arbeiter Kapweil drang dann auf den Cafeseitzer Graf ein und hielt ihm eine Pistole vor die Brust. In demsel-

ben Augenblicke wurde er durch einen von dem Sohne des Angegriffenen abgegebenen Schuß getötet.

**Ein deutscher Dampfer gesrandet.** Der zur Stettiner Reederei gehörige Dampfer „Teutonia“ ist auf der Fahrt nach Stettin nach Oskarham (Schweden) infolge Nebels gesrandet. Die Mannschaft ist in Sicherheit. Das Schiff ist zum Teil voll Wasser gelaufen.

**Eine glückliche Gemeinde ist die Ortschaft Jersdorf in Bayern durch den Ertrag ihres Gemeindegewaltes.** Durch die heutigen Holzpreise erhielt ein jeder Gemeindegewaltberechtigter den Betrag von 4500 Mark von der Gemeindegewaltkasse herausbezahlt, einige Berechtigte sogar den doppelten Betrag, da sie zwei Anteile haben.

**Streikbewegung in der Wiener Unterbrotsfabrik.** Infolge einer Streikbewegung in der Unterbrotsfabrik ist die Brotversorgung für eine Million Menschen in Wien in Frage gestellt. Die 2000 Arbeiter der Unterbrotsfabrik verlangen von dem Besitzer Mendl die Entlassung eines Arbeiters, der schon seit vier Jahren in der Fabrik beschäftigt ist, weil dieser sich der sozialdemokratischen Organisation nicht anschließen wollte. Der Besitzer erklärte, daß er diesem Verlangen nicht nachkommen könne, da es sich um eine prinzipielle Sache handle und der Arbeiter seinen Dienstobliegenheiten ganz gut nachkomme. Die bürgerlichen Zeitungen nehmen scharf Stellung gegen die Streikenden.

**Schneestürme und Kohlennot in Amerika.** Die „Times“ berichten über gewaltige Schneestürme, die zurzeit in Amerika wüten. Tausende von Arbeitern können infolge der gestörten Verkehrsverhältnisse ihre Arbeitsstellen nicht erreichen. Der Zugverkehr ist meistens vollständig eingestellt. New York und Boston sind von einer Kohlennot betroffen. Die Schifffahrt ist vollständig eingestellt.

**Schwerwiegende Ablieferung von Getreide.** Der Kontrat des Landkreises Memel macht bekannt, daß trotz aller Maßnahmen und Aufforderungen zur Ablieferung von Brotgetreide von den Landwirten so auf wie gar nichts abgeliefert werde. Er sieht sich nun gezwungen, die schärfsten Maßnahmen anzuwenden und sie nötigenfalls mit militärischer Gewalt durchzuführen, um den drohenden Zusammenbruch der Brotversorgung abzuwenden. Besonders katastrophal gestaltete sich die Lage für die Stadt Memel, welche seit der Ablieferung nicht mehr von der Reichsgetreidebestelle versorgt werde und nur auf den Landkreis angewiesen sei. Die vorhandenen Bestände reichen kaum vierzehn Tage.

**Eine neue tödliche Form der Grippe wurde in einer Wiener Klinik beobachtet.** Nach katastrophalen Erscheinungen, mäßigem Fieber treten Kopf-schmerzen, Schläfrigkeit, Trockenheit der Lippen und eigentümliche Zuckungen der Bauchmuskeln ein, besonders in der Hinterbackengegend, die soweit führen, daß der Kranke sich im Bette wälzt. Es kommt zu Delirien, Sprachstörungen usw. Bei ungünstigem Ausgang werden auch die Lungen und das Herz in Mitleidenchaft gezogen. Bismut, Sulfonamide, auf der betreffenden Klinik befindlichen Erkrankten starben ab.

**Ein deutscher Dampfer gesrandet.** Nicht bei Memel ist der Kieler Dampfer „Wilhelm“ der Reederei Sartorius u. Berger, mit einer Ladung von 6000 Tonnen Kohle von Stettin nach Memel unterwegs, gesrandet. Die Besatzung konnte sich durch Paddeln an Land retten, wobei der Steuermann Sievers und ein Heizer Drube aus Halle ertranken. Das Schiff ist tot.

**Massenrückkehr Deutscher aus Amerika.** Das britische Torpedoboot „Raine“ ist in Plymouth mit ungefähre 1000 aus Amerika nach der Heimat zurückkehrenden Deutschen angekommen. Von ihnen sind während der Fahrt 150 an Influenza erkrankt. Zwei Deutsche sind bereits gestorben. Die übrigen setzten die Reise nach Rotterdam fort.

**Millionenveruntreuung am Lehrter Güterbahnhof in Berlin.** Fortgesetzte Diebereien und Unterschlagungen, die seit Oktober v. Js. auf dem Lehrter Güterbahnhof in Berlin vorgekommen sind, wurden von der Kriminalpolizei jetzt aufgeklärt. Als Täter kommen in ganzen neun Personen, als Hehler ebenfalls in Frage. Die Diebstähle umfassen Stoffe, Seide usw., die ganzen Veruntreibungen erreichten im Laufe der Zeit den Wert von rund einer Million Mark. Güter- und Büroarbeiter halfen Hand in Hand. Frachtbriefe wurden vernichtet, Waage gefälscht. Während einige der Beteiligten aktiv mitwirkten beschränkten andere sich darauf, die Veruntreibungen, von denen sie wußten, geschehen zu lassen. Mit den veruntreuten Gütern wurde ein gewaltiger Handel getrieben. Nicht bloß Straßenhändler, sondern auch Gastwirte waren vielfach Abnehmer. Nur ein kleiner Teil der gestohlenen Waren wurde wieder aufgefunden.

**Ein Flugzeug mit vier Personen abgestürzt.** Bei dem Dorfe Klein-Rühnau (Anhalt) stürzte ein mit vier Personen besetztes Junkers-Flugzeug aus großer Höhe ab. Das Flugzeug bohrte sich tief in die nasse Wiege ein. Sämtliche Insassen waren beim Absturz tot. Die Ursache des Absturzes ist noch nicht bekannt.

**Wiederum Eisenbahnräuber.** Der Magdeburger Eisenbahnpolizei ist es gelungen, eine aus 12 Köpfen bestehende Räuberbande ungeschädlich zu machen, die in den letzten Monaten Eisenbahnzüge im Werte von rund 200 000 Mark gestohlen und verschoben hat. Die beiden Anführer befanden sich beziehungsweise als Hilfsbahnarbeiter bei der Eisenbahnpolizei selbst und waren am Magdeburger Hauptbahnhof festgenommen.

**Der Zogen unserer Saluta.** Von der deutsch-schweizerischen Grenze wird der „Frankfurter Zeitung“ folgender Bericht, der die ganze Zämerlichkeit unserer Salutaverhältnisse darstellt: Ein badischer Grenzgewohner war im Jahre 1918 wegen Schmuggel von der feindlichen Grenzpolizei verhaftet und nachträglich gegen eine Kaution von 3000 Franken wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Für die 5000 Franken zahlte er damals rund 7500 M. Die Angelegenheit zog sich in die Länge. Sie endete schließlich mit der Verurteilung des Angeklagten zu 3000 Franken Buße, wozu noch etwa 300 Franken Gerichtskosten kamen. Der biedere Schmuggler erhielt vor einigen Tagen den Restbetrag seiner Kaution, 1700 Franken, ausbezahlt, für die er auf der Bank über 24 000 Mark einwechselte, und erzielte demnach einen Nettogewinn von 16 500 Mark. Wenige Tage später hätte er noch wesentlich mehr bekommen.

## Bekanntmachung.

**Betr. Erteilung von Waffenscheinen und Munitionskarten an die Besitzer von Jagdscheinen.**

Nach den Bestimmungen der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission vom 10. Januar 1920, Titel VI, Artikel 24 und 25, muß jeder Jagdscheininhaber auch einen von der deutschen Behörde auszustellenden **Waffenschein**, welcher die Zahl und die Art der Jagdwaffen bestimmt, und eine gleichfalls von der deutschen Behörde auszustellende **Munitionskarte** besitzen. Die Munitionskarte wird auf Grund einer Erklärung des Jagdscheininhabers über die Zahl der Heftare, auf denen das Jagdrecht ausgeübt werden soll, und über die Art des Wildes ausgefertigt und gibt die Menge und die Art der Munition an, auf welche der Jäger ein Anrecht hat, bei Bemessung des Munitionsbedarfs wird der Umfang der Jagd und die Art des Wildes berücksichtigt.

Ich fordere alle Jagdscheininhaber des Kreises auf, ihre ausreichend begründeten Anträge auf Ausstellung des Waffenscheins und der Munitionskarte mir alsbald durch die Hände der zuständigen Ortspolizeibehörde vorzulegen. **Formulare für diese Anträge können von den Bürgermeistern bezogen werden.**

Müdesheim, den 2. Februar 1920.

Der kom. Landrat:  
Dr. Mühlens.

Wird veröffentlicht.

Geisenheim, den 9. Februar 1920.

Das Bürgermeisteramt.

## Bekanntmachung

Von Freitag Nachmittag, den 13. ds. Mts. an kommt in den hiesigen Viehhöfen

**Schmalz**

zum Verkauf.

Es entfallen auf die Person 200 Gramm zum Preise von 6.80 M. und wird Feld 19 der Fettkarte abgetrennt.  
Geisenheim, den 11. Februar 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Wegen Ausführung von Bauarbeiten für die Neueindeckung der oberen Hospitalstraße ist diese am Freitag, den 13. und Samstag, den 14. Februar für den durchgehenden Fuhrverkehr gesperrt.

Geisenheim, den 11. Februar 1920.

Die Polizeiverwaltung.

## Bekanntmachung.

Es werden

**3 Leichenräger**

gesucht.

Bewerbungen mit Angabe der geforderten Vergütung sind bis zum 16. ds. Mts. beim Bürgermeisteramt einzureichen.

Geisenheim, den 11. Februar 1920.

Der Magistrat.

Leider sind wir ebenso wie auch andere Betriebe der Eisenindustrie darauf angewiesen, den Werken altes Eisen und Bruchguß abzuliefern, um dagegen neues Material einzutauschen. Wir sind daher

**keine Althändler**

und unterstützen durchaus auch keinen Diebstahl, was daraus hervorgeht, daß wir den angeblich Bestohlenen, selbst wenn uns dadurch Schaden erwächst, eventuell unrechtmäßig erworbene und an uns abgelieferte Sachen wieder zurückerstatten.

Nichtsdestoweniger kaufen wir fortwährend altes Eisen und Bruchguß, dessen reeller Ursprung uns nachgewiesen wird, zum höchsten Tagespreis. Annahme dieser Metalle nur Mittwoch und Samstag Nachmittag.

Val. Waas, Inh.: Gebr. Waas  
Maschinenfabrik.

**Druckmaschinen** fertigt schnellstens die  
Buchdruckerei Jander.



## Turnerschaft Geisenheim

von 1858.

Nächsten

Sonntag, 15. Februar 1920

von abends 6 Uhr ab findet im Saale des Hotel Germania eine

## Unterhaltung mit Ball

statt, wozu höflichst einladet.

Der Vorstand.

## Buchführungskursus

für Handwerker sowie deren Frauen u. Töchter

läßt der Gewerbeverein demnächst abhalten.

Anmeldungen nehmen entgegen der Kursusleiter, Herr Lehrer Ortseifer, der Vorsitzende Herr Installationsmeister Jakob Edel und Lehrer Kilb.

Beginn des Kursus, sowie die Höhe des Beitrages zur Deckung der Kosten werden nach Schluß der Meldungen bekannt gegeben.

Der Vorstand des Gewerbe-Vereins.

Institut St. Joseph, Geisenheim a. Rh.

## 10klassige höhere Mädchenschule.

Beginn des neuen Schuljahres 13. April 1920.

Anmeldungen nimmt entgegen

Die Vorsteherin.

Buch- und Kunstdruckerei

**Arthur Jander**

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen

für den privaten Bedarf,

für Handel, Industrie und

Gewerbe, sowie Behörden

## Tücht. Degorgeur

von linksrheinischer Sektkellerei bei guter Bezahlung und Lebensstellung gesucht.

Angebote unter Nr. B. M. 40 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Als neu eingetroffen empfehlen:

**Maronen**

und

**Oellardinen.**

Geshm. Gieß

Vindenpl. 2. Telef. 208.

Täglich

**frische Wurst**

Pferdesfleisch

nur gegen Bestellung

Samstags bei

Karl Raib, Gastwirt

Weinstraße 11.

Suche für 1. März gegen hohen Lohn besseres

**Mädchen**

für nach Wiesbaden.

Frau Guhmann Strauß  
Wiesbaden, Moritzstr. 21 I.

**Lehrling**

mit guter Schulbildung für kaufmännisch. Büro gesucht.

Selbstgeschriebene Angebote unter Nr. 111 an die Geschäftsstelle der Zeitung erbeten.

**Stenotypistin**

mit guter Handschrift zum sofortigen Eintritt gesucht. Bewerbungsschreiben mit Zeugnisabschriften erbeten an Konstruktionswerk Bingen, Elektrotechnische Fabrik G. m. b. H.

Süßsch

**möbl. Zimmer**

ohne Pension vom 1. März ab oder sofort zu mieten gesucht.

Angebote unter G. 232 an die Geschäftsst. erbeten.

**Hohe Preise**

zahlen wir für jede Menge

**Altmetalle**

wie Eisen, Bleche und Bruchguß.

Val. Waas, Inh. Gebr. Waas

**Kaufe**

jedes, auch das kleinste Quantum öl- u. säurefreie

**Wein- und**

**Sekt-Flaschen.**

Friedrichstr. 22, Müdesheim

Römerberg 7, Geisenheim,

Hauptstr. 104, Winkel,

Andreasstr. 4, Erbach.

**Kellerei-Artikel:**

Gaumenklappe in Klappen und gebrauchsfertig in Flaschen

Wein-Korken in Kilopacketen zum Fabrikpreis

Filtertücher, Filtermasse, Filtertücher, Füllst., Fleisch-,

Has- und Flaschenbürsten, Schablonen, Pinsel, Tische, Spunden, Zapfen, Querschleib.

**Kellerkerzen.**

Fäßbleche, Spundläppchen, Probeflaschen und Kistchen, Korben und Kapseln.

Flaschen- und Siegelack, Dertrin.

**Gummischläuche.**

Kau & Bollenbach  
Spezialgesch. f. Kellereiartikel  
Bingen a. Rh.  
Schmittstr. 50. Fernspr. 506.

Hotel Restaurant, Cafe  
Hotel zur Linde  
Telefon Nr. 205.

Turnerschaft  
Geisenheim  
von 1858.

Heute Abend:

**Turnstunde**

der aktiven Turner und Jünglinge. Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. Der Turnauschuß.

Samstag, 14. Febr. 1920, abends 7 1/2 Uhr im Hotel Germania

**Vorstands- und**

**Komitee-Sitzung.**

Vollzähliges Erscheinen sehr erwünscht.

Der Vorstand.

Entlade

heute an der Bahn  
**Holländisch.**

**Rotkraut**

das Pfund 85 Pfg., im Zentner 80 Pfg.

**Dänisches**

**Weißkraut**

das Pfund 75 Pfg., im Zentner 70 Pfg.

Carl Dillmann

Landstr. 44. Telefon 265.

Entlade in den

nächsten Tagen

**Gelbe**

**Erdkohlraben**

Carl Dillmann

Telefon 265.

Deutschen u. ewigen  
**Kleesamen**

zu haben bei

Georg Strauß

Marktstr., Telefon Nr. 240.

**Prima Salzgurken**

**Sauerkraut und**

**Tafel-Genf**

frisch eingetroffen

Frau B. Rothhaupt

Marktstraße.

**Imprägnierte**

**Weinbergspfähle,**

**Stickeln,**

**Bretter und Latten.**

Gesägte Tannen, geriffene Lerchen, Prima gesägte tyansifizierte und Rundstäbe tyansifiziert etc.

In verschiedenen Sorten und Qualitäten.

**Weinbergstichel**

imprägnierte bzw. tyansifizierte

von 1,50, 1,75, 2 m u. höher.

Versand gegen Nachnahme.

**Zur Baumpflanzung**

tyansifizierte und imprägnierte

**Baumstüben u. Pfähle**

zur Baum-Anlage in allen

Längen und Dicken, zu annehmbaren Preisen, alles

ab Lager gegen netto Kasse.

**C. Dillmann,**

vorn. Gregor Dillmann

Kirchstr. 18. Tel. Nr. 198.

**Wissen Sie das Alter**

**Ihrer Hühner?**

**Spiral-Geflügel-**

**Fussringe**

in verschiedenen Farben

empfehlen

P. Jos. Klein Geisenheim

Steinheimerstr. 5.